



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

RUSSLANDS ENERGIE- UND HANDELSBEZIEHUNGEN ZUR UKRAINE

■ ANALYSE		
Abwicklung – Russlands Energiebeziehungen mit der Ukraine		2
Roland Götz, Berlin		
■ ANALYSE		
Russlands Handelsbeziehungen zur Ukraine: verschenktes Potential und sinkende Attraktivität		9
Alexandr Danilzew, Moskau		
■ UMFRAGE		
Meinungsbilder zu den Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine		11
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS		
Der müde Präsident: Kommentare zur Bürgersprechstunde »Direkter Draht« mit Wladimir Putin		13
Sergey Medvedev, Berlin		
■ NOTIZEN AUS MOSKAU		
Nawalnyj		16
Jens Siegert, Moskau		
■ CHRONIK		
9. – 22. Juni 2017		19

Abwicklung – Russlands Energiebeziehungen mit der Ukraine

Roland Götz, Berlin

Zusammenfassung

Seit der Annexion der Krim und der Unterstützung der ostukrainischen Separatisten durch Russland ist die Ukraine bestrebt, die Energiebeziehungen zwischen beiden Ländern auf ein Minimum zu reduzieren. Die Kooperation im Bereich der Atomwirtschaft wurde, mit Ausnahme des Imports von Brennelementen, bereits eingestellt. Seit November 2015 kauft die Ukraine auch kein Erdgas aus Russland mehr und beabsichtigt dies laut ihrer Energiestrategie auch künftig nicht zu tun. Allein an der Beibehaltung des Öl- und Gastransits ist die Ukraine noch interessiert, während Russlands »Gazprom« den durch die Ukraine verlaufenden Gasexport Richtung Europa und Türkei auf die Unterwasserpipelines »Nord Stream-2« und »Turkish Stream« umleiten will.

Kohle, Atomenergie, Erdöl

Die Ukraine hatte bis 2014 aus Russland Kohle, Erdöl und Erdölprodukte im jährlichen Umfang von durchschnittlich fünf Mrd. US-Dollar bezogen. 2015 und 2016 sind diese Importe auf rund zwei Mrd. US-Dollar zurückgegangen (s. Grafik 1 auf S. 7). Deutlich geringere Mengen dieser Produktgruppe werden aus der Ukraine nach Russland exportiert. Seit der Eisenbahntransport aus dem Donbass nach Westen durch die ukrainische Seite unterbrochen wurde, gewinnt die Ausfuhr von Kohle aus den Separatistengebieten im Osten der Ukraine nach Russland zunehmende Bedeutung. Es ist nicht auszuschließen, dass zukünftig ein Teil dieser Kohle, als »russische« Kohle deklariert, per Schiff wieder in die Ukraine zurückkehren wird.

Im Bereich der Atomenergie hat die Ukraine seit 2015 ihre Bemühungen intensiviert, die Kooperation mit Russland so weit als möglich zu beenden (s. Koscharnaja: Die ukrainische Zusammenarbeit...; i. d. Lesetipps). Sie erstreckte sich bislang auf die Modernisierung und Erweiterung der aus sowjetischer Zeit stammenden vier ukrainischen Kernkraftwerke mit ihren 15 noch in Betrieb befindlichen Reaktorblöcken, auf die Versorgung mit Atombrennstoff sowie auf die Verbringung von Atommüll in Zwischen- und Endlager in Russland. Außerdem war ursprünglich die Erweiterung des AKW Chmelnyzkyj durch den Zubau von weiteren zwei Reaktorblöcken durch das russische Unternehmen »Atomstrojexport« beabsichtigt gewesen, das zu über drei Vierteln im Besitz der Staatskorporation »Rosatom« steht. Diese Pläne wurden 2015 vom ukrainischen Parlament annulliert, weil die sowjetische Reaktortechnik nicht mehr den nach dem Atomunfall von Fukushima gestiegenen Sicherheitsanforderungen genüge.

Da der ukrainische Atomkraftwerksbetreiber »Energoatom« zunehmend ukrainische Experten und Organisationen sowie Unternehmen aus der EU und den USA für technische Dienstleistungen an den ukrainischen

Kernkraftwerken heranzieht, hat Russland seine auf dem ukrainischen Markt bislang dominierende Position verloren. Auch die Kooperation mit Russland auf dem Gebiet der Entsorgung von Atomabfällen geht ihrem Ende entgegen. Bislang wurde der ukrainische Atom Müll überwiegend in Endlager in den russischen Regionen Tscheljabinsk und Krasnojarsk transportiert. Ab 2019 sollen zumindest die verbrauchten Brennelemente in eine in der Sperrzone von Tschernobyl neu gebaute Endlagerstätte verbracht werden. Weitergeführt wird jedoch die Belieferung der ukrainischen Atomkraftwerke mit Brennelementen durch die russische Staatsfirma »TVEL«, da die beabsichtigte Diversifizierung durch Hinzuziehung des US-amerikanischen Lieferanten »Westinghouse« auf technische Schwierigkeiten stößt.

Dem Ölexport aus Russland nach Westeuropa dient außer dem bedeutsameren Schiffstransport seit 1963 der südliche Arm der »Druschba«-(»Freundschaft«)-Pipeline mit ihrer auf 65 Millionen t pro Jahr ausgelegten Kapazität (Designkapazität), der im belorussischen Masyr abzweigt und über Brody (Ukraine) in die Slowakei und nach Tschechien sowie in einem weiteren Arm nach Ungarn und Kroatien führt. Dieser Transportweg steht nicht zur Disposition, ist aber stark sanierungsbedürftig und verursacht durch Ölverschmutzung große Umweltschäden.

2002 wurden der Ölverladeterminale Pivdennyj bei Odessa sowie die Ölpipeline Odessa–Brody erbaut, die nach einer Verlängerung bis nach Danzig Erdöl aus Aserbaidschan und Kasachstan auf den Weltmarkt transportieren sollte. Da eine wirtschaftliche Umsetzung dieses Projekts nicht gewährleistet war, kam die Verlängerungsleitung durch Polen nicht zustande und die Leitung wurde ab 2004 zum Transport von Erdöl in der Gegenrichtung, aus der »Druschba«-Pipeline zum Ölterminal Pivdennyj genutzt. Die Pläne zum Betrieb in der ursprünglich vorgesehenen Richtung sind jedoch wiederaufgelebt; allerdings wird nun die Einspeisung von

Öl aus Aserbaidschan in die Druschba-Leitung sowie damit die Belieferung der östlichen EU-Staaten angestrebt. Dadurch könnte ein etwaiger Ausfall von Lieferungen aus Russland ersetzt werden.

Das Ende des Gasexports Russlands in die Ukraine

Seit August 2013 befand sich die Ukraine für das von Gazprom gelieferte Gas im Zahlungsrückstand, der bis Ende 2013 auf eineinhalb Mrd. US-Dollar angewachsen war. Um einen Staatsbankrott abzuwenden, suchte die ukrainische Führung im Herbst 2013 nach ausländischen Kreditgebern. Während der IWF und die EU keine Kredite an das zahlungsunfähige Land vergeben wollten, war Moskau dazu bereit, nicht zuletzt, um das Land weiterhin wirtschaftlich an Russland zu binden. Am 17. Dezember 2013 unterzeichneten die Präsidenten Wladimir Putin und Wiktor Janukowytsh ein Abkommen, das den Ankauf ukrainischer Staatsanleihen im Volumen von 15 Mrd. US-Dollar durch Russland sowie für 2014 die Senkung des Gaspreises vorsah. Von dem Kredit wurden Ende 2013 drei Mrd. US-Dollar ausbezahlt, mit denen die Ukraine ihre bestehenden Schulden bei Gazprom begleichen sollte. Der reduzierte Gaspreis sollte allerdings nur so lange gelten, wie die Ukraine ihre Gaslieferungen pünktlich bezahlte. Nachdem der staatliche Konzern »Naftogaz Ukrainy« jedoch Anfang 2014 keine Schulden aus dem Jahr 2013 beglichen und auch die laufenden Gaslieferungen nicht vollständig bezahlt hatte, strich Gazprom den Sonderrabatt und verlangte ab dem 1. April 2014 den aus dem Gasvertrag von 2009 resultierenden, sehr hohen Preis von 485 US-Dollar pro 1000 m³. Dieser wurde von der Ukraine nicht akzeptiert; das Land bezog aber weiterhin erhebliche Gas Mengen aus Russland, ohne sie zu bezahlen. Daraufhin stellte Gazprom Mitte Juni 2014, als sich die Schulden der Ukraine auf 5,3 Mrd. US-Dollar summiert hatten, die Gaslieferungen ein.

Seither bezog die Ukraine Erdgas nur noch über die Slowakei, Ungarn und Polen, das freilich physisch weitgehend aus Gas aus Transitlieferungen Gazproms besteht. Sie strebte jedoch, weil man eine Gasknappheit befürchtete, die Wiederaufnahme der Lieferungen aus Russland zum Winterbeginn 2014 an. Die Ukraine benötigte wegen des milden Winters im Rahmen des »Winterpakets« 2014/15, für das ein ermäßigter Preis galt, nur knapp drei Mrd. m³ Gas aus Russland. Im ersten Halbjahr 2014 hatte die Ukraine ihre Gasspeicher – teilweise ohne zu bezahlen – füllen können und dabei 14 Mrd. m³ aus Russland bezogen. Für ein »Sommerpaket« im zweiten Quartal 2015 einigten sich beide Seiten auf dasselbe Preisbildungsmodell wie für das »Winterpaket«. Für das dritte Quartal 2015 wurde jedoch keine

Einigung über den Gaspreis erzielt, weswegen Gasimporte aus Russland ausblieben. Im vierten Quartal 2015 konnten durch Inanspruchnahme von Darlehen der EBRD und der Weltbank die Gasspeicher der Ukraine mit Gazprom-Gas so weit aufgefüllt werden, dass sie die für einen sicheren Gastransit erforderliche Mindestmenge enthielten. Da die ukrainische Seite einen niedrigeren Preis für angemessen hielt und ein verbindliches Angebot für die gesamte Heizperiode 2015/16 verlangte – was Gazprom ablehnte –, beendete der russische Konzern die Belieferung der Ukraine Ende November 2015 (s. Grafiken 2–4, S. 7/8). Gemäß der vorläufigen Fassung ihrer Energiestrategie bis 2035 will die Führung der Ukraine auch künftig auf Erdgasimporte aus Russland verzichten (Neue Energiestrategie der Ukraine bis 2035 [ukr.], 2017, S. 47). Kritische Stimmen verweisen allerdings darauf, dass dadurch ein starker Wettbewerber ferngehalten wird und sich das Land gänzlich an Anbieter aus dem Westen bindet.

Gastransit durch die Ukraine

Durch die Ukraine wird knapp die Hälfte des von Gazprom nach Zentral- und Westeuropa einschließlich der Türkei exportierten Erdgases (2016: 79 Mrd. m³ von insgesamt 185 Mrd. m³) durchgeleitet. Dazu dienen die von Russland über die Ukraine in die Slowakei, nach Ungarn und Polen führenden Gasfernleitungen mit einer Designkapazität von zusammen rund 120 Mrd. m³ sowie die »Trans-Balkan-Pipeline« mit einer Designkapazität von 26 Mrd. m³, die über die Republik Moldau, Rumänien und Bulgarien in die Türkei führt, also mit einer Gesamtkapazität von 146 Mrd. m³.

Der Gastransit durch die Ukraine in europäische Länder einschließlich die Türkei ist zwischen 2005 und 2016 von 122 auf 79 Mrd. m³ zurückgegangen (Grafik 5 auf S. 9). Ursache dafür waren die Inbetriebnahme der »Jamal-Europa«-Pipeline durch Belarus und Polen nach Deutschland (Fertigstellung 1999, 2006 Erreichen der vollen Kapazität von 33 Mrd. m³) sowie der »Nord Stream 1«-Pipeline (Fertigstellung Ende 2011, Endkapazität 55 Mrd. m³, Auslastung 2016: 44 Mrd. m³) durch die Ostsee nach Deutschland. Eine weitere Reduzierung des Gastransits durch die Ukraine ist zu erwarten, wenn – wie von Gazprom geplant – die durch das Schwarze Meer in die Westtürkei führende »Turkish Stream«-Pipeline (Kapazität der ersten beiden Stränge zusammen 31,5 Mrd. m³, Endkapazität 63 Mrd. m³) sowie die entlang der Nord Stream-1 verlaufende Nord Stream-2 (Kapazität 55 Mrd. m³) 2020 ihren Betrieb aufnehmen werden. Beide neuen Gasleitungssysteme werden allerdings einige Zeit benötigen, bis sie mit voller Kapazität betrieben werden können, weil die erforderlichen Anbindungsleitungen nicht sofort zur Verfügung

stehen und/oder deren volle Kapazitätsauslastung durch die EU-Vorschrift des Zugangs für Dritte (*third party access*) blockiert wird. Daher wird der Gastransit durch die Ukraine voraussichtlich nicht zum Jahresende 2019 vollständig beendet, sondern in einem gewissen Umfang noch länger vollzogen werden. Wenn, wie Gazprom prognostiziert, zudem die Gasnachfrage in Europa weiter stark ansteigen und die Eigenerzeugung der europäischen Länder deutlich abnehmen wird, könnte das Gas-transportssystem der Ukraine auch noch länger benötigt werden, weil selbst Nord Stream-2 und Turkish Stream nicht ausreichen würden, um die zusätzlich nachgefragten Exportmengen zu transportieren.

Dass Gazprom das System der Transitgasleitungen durch die Ukraine möglichst nicht weiter nutzen will, sondern Unterwasserpipelines den Vorzug gibt, hat nachvollziehbare Gründe: Die Leitungen und die dem Gas-transport dienenden Verdichterstationen der aus sowjetischer Zeit stammenden Gasfernleitungen haben ihre geplante Nutzungsdauer von 40 Jahren nahezu erreicht, wobei sich ein Reparatur- und Ersatzbedarf aufgestaut hat, der je nach angestrebter effektiver Kapazität und Zeitrahmen der Weiternutzung auf Beträge von 3 bis 12 Mrd. US-Dollar geschätzt wird. Die Zahl der Störfälle pro km liegt im ukrainischen Gasnetz beim Zehnfachen des Durchschnittswerts in der EU. Wenn die Ersatz- und Modernisierungsinvestitionen weiter verschleppt werden (bislang ist nur eine der 72 veralteten Verdichterstationen saniert worden), ist ein sicherer Gastransit in Zukunft nicht mehr garantiert. Die für die *Offshore*-Pipelines und ihre Anbindungsleitungen anfallenden Nutzungs- und Transitgebühren sind außerdem niedriger als die Transitzkosten für die über Land durch die Ukraine verlegten Transitleitungen (s. National Energy Security Fund: Nord Stream 2..., S. 10 ff.; KPMG: Erdgasmarkt..., S. 35–40; i. d. Lesetipps).

Von diesen ökonomischen und technischen Erwägungen abgesehen, ist zudem für Gazprom schwer kalkulierbar, wie der Gastransit nach Auslaufen des 2009 zwischen Russland und der Ukraine geschlossenen Transit- und Lieferabkommens geregelt werden wird. Im Vergleich zur Lage an der Jahreswende 2008/09 befindet sich die Ukraine heute in einer verhandlungstaktisch besseren Situation: Nachdem sie von der Belieferung mit Gas aus Russland unabhängig geworden ist, kann sie, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, mit der Unterbrechung des Gastransits über ihr Territorium drohen, ohne Rückwirkungen auf die eigene Versorgung befürchten zu müssen. Außerdem könnte sie das Transitgas dazu nutzen, Engpässe bei der eigenen Gasversorgung zu überbrücken.

Falls bis Jahresende 2019 keine Vereinbarung über die Fortsetzung des Gastransits erzielt wird, müsste Gaz-

prom die Übergabepunkte für sein Erdgas von der Westgrenze der Ukraine an die ukrainisch-russische Grenze verlegen und seine europäischen Kunden auffordern, mit »Naftogaz Ukrainy« selbständig Transitvereinbarungen abzuschließen. Das ukrainische Energieministerium hat diesen Vorschlag, der die Fortsetzung des Gastransits über ukrainisches Gebiet impliziert, bereits gemacht; Gazprom will sich offenbar noch alle Möglichkeiten offenhalten – darunter den Abschluss eines neuen Transitvertrags oder die gänzliche Einstellung des Transits über die Ukraine ab 2020.

Rechtslage bei Nord Stream-2

Wann und ob überhaupt Nord Stream-2 in Betrieb gehen kann, hängt nach Meinung der EU-Kommission und vieler Kommentatoren (vor allem aus den östlichen Mitgliedsländern der EU sowie aus der Ukraine) von angeblich ungeklärten Rechtsfragen ab. Denn die Gasleitung könne, wie Miguel Arias Cañete, der EU-Kommissar für Klimapolitik und Energie, sagte, »nicht im rechtsfreien Raum oder ausschließlich nach dem Recht eines Drittlands« (gemeint ist Russland) betrieben werden. Nach den Worten des für die Energieunion zuständigen EU-Vizepräsidenten, Maroš Šefčovič, muss sie »im Einklang mit den wichtigsten Bestimmungen des EU-Energiemarkts« stehen. Wenn insbesondere das »Dritte Energiepaket« – die 2009 vom Europäischen Parlament und dem Ministerrat verabschiedete dritte »Gasmarktdirektive« ([Directive 2009/73/EC](#)) – zu berücksichtigen wäre, wie Kritiker des Vorhabens vortragen, müsste die Pipeline unabhängig vom Gasförderer Gazprom betrieben werden (sogen. »*unbundling*«) und es müsste anderen Gasförderunternehmen wie z. B. dem russländischen Öl- und Gasunternehmen »Rosneft« das Recht der Einspeisung gewährt werden (»*third party access*«), was nicht mit dem vom russländischen Staat gewährten Exportmonopol Gazproms vereinbar ist.

Dass die Nord Stream-2 ohne die Intervention der EU in einem rechtsfreien Raum und/oder ausschließlich nach russländischen Vorschriften gebaut und betrieben würde, stimmt allerdings schon deswegen nicht, weil für die Pipeline, die durch die ausschließlichen Wirtschaftszonen Finnlands, Schwedens, Dänemarks und Deutschlands (200 Seemeilen) sowie das Küstenmeer Dänemarks und Deutschlands (12 Seemeilen) verlaufen soll, das Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (SRÜ, engl.: UNCLOS) gilt, in dessen Rahmen die betroffenen Staaten ihre einschlägigen nationalen Vorschriften anzuwenden haben. Ebenso müssen von ihnen Umweltverträglichkeitsprüfungen nach nationalem und EU-Recht sowie nach internationalem Recht (Espoo-Konvention) durchgeführt werden. Zuständig sind dafür in Deutschland das Berg-

amt Stralsund und das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie.

Auf den Umstand, dass die EU-Gasmarktdirektiven weder für Nord Stream-1 noch Nord Stream-2 gelten, haben übereinstimmend im Dezember 2015 Luis Romero Requena, der Generaldirektor des Juristischen Dienstes der EU, sowie im März 2017 Jochen Homann, der Präsident der Bundesnetzagentur verwiesen. Die Rechtslage ist zudem von dem Professor für Europäisches Energierecht der Universität Helsinki, Kim Talus, eingehend dargestellt worden (s. Lesetipps). Sowohl die bestehende Nord Stream-1 als auch die geplante Nord Stream-2 sind demnach weder Transmissionsnetzwerke noch Verbindungsleitungen (Interkonnektoren) zwischen den Transmissionsnetzwerken der einzelnen EU-Staaten oder andere Arten von Gasleitungen, die in den Gasmarktdirektiven der EU erwähnt und geregelt werden. Denn diese Direktiven sind überhaupt nur im Hinblick auf den EU-Binnenmarkt erlassen worden. Dieser Auffassung hat sich inzwischen selbst die EU-Kommission angeschlossen und sucht nach anderen Wegen, um ihren Vorstellungen Geltung zu verschaffen. Sie hat daher den Ministerrat der EU um ein Mandat für Verhandlungen mit Gazprom und der Regierung Russlands über einen besonderen Rechtsrahmen gebeten, um »die Prinzipien des internationalen und EU-weiten Energierechts anwenden zu können, zu denen Transparenz beim Pipeline-Betrieb, eine diskriminierungsfreie Entgeltfestsetzung, ein angemessener, diskriminierungsfreier Zugang Dritter sowie eine ausreichende Trennung zwischen den Tätigkeiten Versorgung und Fernleitung zählen«. Warum ein derartiges *Procedere* im Falle von Nord Stream-2 angeblich notwendig wird, während es von der EU weder für Nord Stream-1 noch für andere vergleichbare Offshore-Sektionen von Gasfernleitungen (darunter die Transmed zwischen Tunesien und Sizilien und die beabsichtigte Galsi von Algerien nach Sardinien) verlangt wurde, erschließt sich nicht. Ganz anders ist die Rechtslage bei der innerhalb Deutschlands zu bauenden Anbindungsleitung EUGAL an die Pipeline Nord Stream-2, für die (wie schon bei OPAL, der Anbindungsleitung zu Nord Stream-1) zweifellos die EU-Regeln gelten und insbesondere der Zugang für Dritte offen stehen muss.

Das Urteil des Stockholmer Schiedsgerichts

Zur Beendigung der Gaskrise 2008/09 war im Januar 2009 zwischen Gazprom und Naftogaz Ukrainy ein Gasliefer- und Gastransitvertrag mit einer Laufzeit von 10 Jahren vereinbart worden, der die vorher üblichen jährlichen Gasverhandlungen zwischen den Regierungen beider Länder ersetzen sollte. Darin waren nach dem Muster der mit Gazproms westeuropäischen Kun-

den abgeschlossenen Verträge die Verpflichtung zur Abnahme einer Mindestmenge (*»take-or-pay clause«*), das Verbot des Reexports des Gases in andere Länder (*»destination clause«*) sowie die Bindung des Gaspreises an den Ölpreis (im Falle der Ukraine ausgehend von einem hohen Basispreis von 450 US-Dollar pro 1000 m³), festgelegt worden.

Unter anderem gegen diese Klauseln hatte die Ukraine im Juni 2014 beim Stockholmer Schiedsgericht – wie im Vertrag für Streitfälle vorgesehen – Klage eingereicht. Im Gegenzug klagte Gazprom auf Entschädigung für die Nichteinhaltung der *Take-or-pay*-Klausel durch Naftogaz Ukrainy sowie auf Bezahlung ausstehender Forderungen für Gaslieferungen im vierten Quartal 2013 und im zweiten Quartal 2014. Die Ukraine verlangte von Gazprom 30 Mrd. US-Dollar (einschließlich Zinsen und Strafzahlungen), Gazprom wiederum von Naftogaz Ukrainy 47 Mrd. US-Dollar. Das Stockholmer Schiedsgericht zog beide Klagen zusammen, hörte beide Parteien an und übermittelte ihnen am 31. Mai 2017 seinen vorläufigen Beschluss in einem Schriftsatz von über 700 Seiten. Ein weiteres Urteil soll, nachdem beiden Seiten Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wurde, frühestens Ende Juni 2017 ergehen. Nach gängiger Praxis ist jedoch mit keinen wesentlichen Änderungen gegenüber dem vorläufigen Beschluss zu rechnen. Beide Seiten haben sich in dem Vertrag von 2009 verpflichtet, das Stockholmer Urteil zu akzeptieren.

In dem vorläufigen Beschluss werden sowohl die *Take-or-pay*-Klausel (zwar nicht formell, aber materiell durch Herabsetzung unter die von der Ukraine tatsächlich importierten Mengen) als auch das Reexport-Verbot des Vertrags von 2009 aufgehoben; damit sind die sich auf diese Klauseln stützenden Gegenklagen von Gazprom hinfällig. Die Bindung des Gaspreises an den Ölpreis wird – entgegen dem Wunsch der ukrainischen Seite – für 2011 bis 2013 nicht beanstandet. Ab dem Jahresanfang 2014 sollen für das für den Verbrauch in der Ukraine gelieferte Gas zwischen Gazprom und Naftogaz Ukrainy die Preise unter Berücksichtigung der an virtuellen Handelspunkten (*hubs*) in der EU damals gezahlten Preise neu vereinbart werden. Das bedeutet, dass Naftogaz Ukrainy die für das vierte Quartal 2013 sowie für das zweite Quartal 2014 ausstehende Beträge nach unterschiedlichen Regeln nachzahlen muss; die aufzubringende Summe beläuft sich (ohne Zinsen) auf rund zwei Mrd. US-Dollar und nicht, wie Gazprom in diesem Punkt seiner Klage forderte, auf 4,5 Mrd. US-Dollar.

Nicht eingegangen ist das Gericht auf das Verlangen der ukrainischen Seite, sie für nicht erhaltene Transitgebühren zu entschädigen, weil Gazprom entgegen dem

Vertrag von 2009 weniger als 110 Mrd. m³ Erdgas pro Jahr über ukrainisches Territorium transportiert hat. Das Stockholmer Gericht hat damit den Forderungen der ukrainischen Seite nur zum Teil entsprochen, jedoch mit der Abweisung der Klagen von Gazprom auf Entschädigung für Nichtabnahme von Mindestmengen und den Reexport von geliefertem Gas die ukrainische Gasgesellschaft und den ukrainischen Staat vor untragbaren finanziellen Belastungen bewahrt.

Fazit

Während die Energiebeziehungen zwischen Russland und der Ukraine in den Bereichen Kohle, Erdöl und Kernenergie auf unspektakuläre Weise auf ein Restniveau zurückgeführt wurden, vertreten im Gasbereich beide Seiten kontroverse Positionen: Gazprom möchte die Ukraine als Absatzmarkt nicht verlieren und strebt Verhandlungen über ein neues Lieferabkommen an, welches in der Ukraine nur wenige Unterstützer hat, die sich von der Konkurrenz zwischen den Lieferanten aus West und Ost niedrigere Gaspreise versprechen. Umgekehrt plant Gazprom die Einstellung des störungsanfälligen

Gastransits durch die Ukraine und seine Verlagerung auf moderne *Offshore*-Pipelines. Dagegen wendet sich die Ukraine, weil sie nicht auf die Transitgebühren in Höhe von jährlich zwei Mrd. US-Dollar verzichten, sondern ihr Gastransportsystem im bisherigen Umfang weiter betreiben und (mit westlicher Hilfe) modernisieren will.

Auf Grundlage des Stockholmer Urteils könnte der Liefer- und Transitvertrag von 2009 zu rechtlich einwandfreien Bedingungen für die Jahre 2018 und 2019 revidiert und ein Anschlussvertrag für die Zeit ab 2020 verhandelt werden. Damit wäre eine Basis sowohl für die Wiederaufnahme der Belieferung der Ukraine mit Gas aus Russland, als auch für die (wenn auch nur vorübergehende und im Volumen reduzierte) Beibehaltung des Gastransits durch die Ukraine geschaffen. Denn die Ukraine ist im Vorteil, wenn sie den Preiswettbewerb durch Gazprom auf ihrem Inlandsmarkt zulässt, und Gazprom würde Zeit gewinnen, um seine neuen Lieferwege einzurichten. Ob sich beide Seiten darauf werden verständigen können, wird davon abhängen, ob sie die Energiebeziehungen aus ihren angespannten politischen Beziehungen ausklammern können.

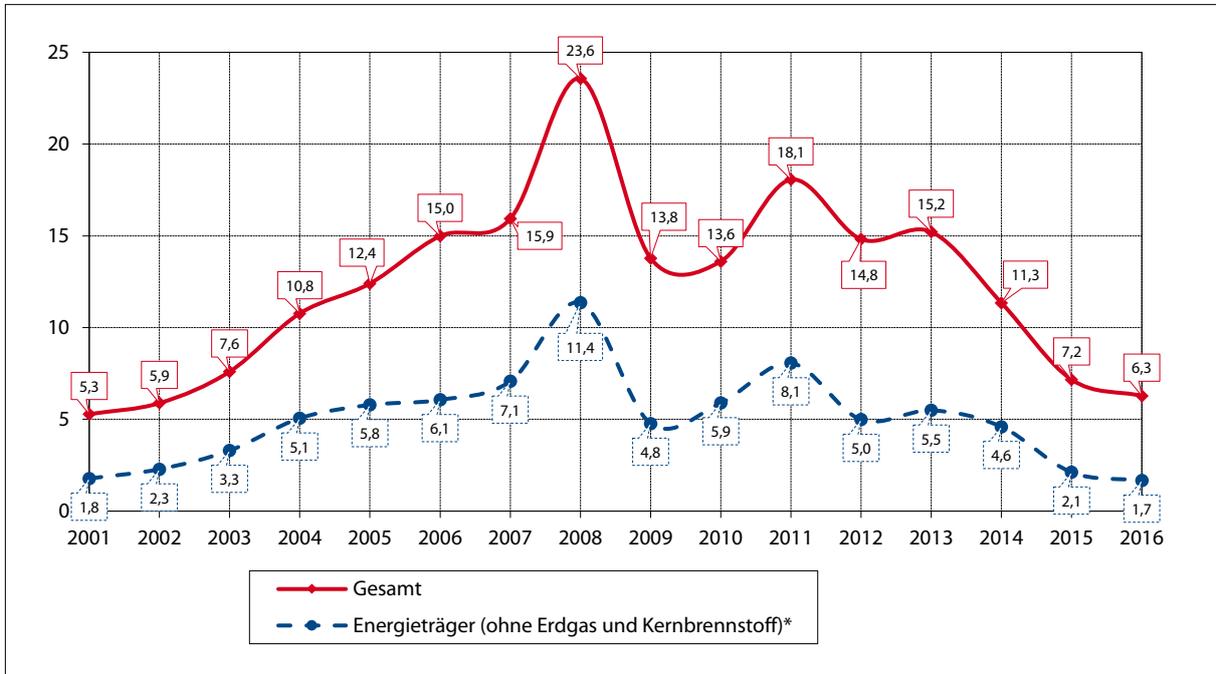
Über den Autor

Dr. Roland Götz hat sich am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln und bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin mit der Sowjetwirtschaft und den Volkswirtschaften der GUS beschäftigt.

Lesetipps:

- Goldthau, Andreas: Assessing Nord Stream 2. Regulation, geopolitics & energy security in the EU, Central Eastern Europe & the UK. London, Juli 2016, <<https://www.kcl.ac.uk/sspp/departments/warstudies/research/groups/eucers/pubs/strategy-paper-10.pdf>>.
- Koscharnaja, Olga: Die ukrainische Zusammenarbeit mit Russland im Bereich der Atomenergie. Ende einer Epoche der Kooperation, in: Ukraine-Analysen 177/2016, S. 15–18; <www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen177.pdf>.
- KPMG Advisory: Erdgasmarkt und Transitnetz der Ukraine, Budapest, 10. 04. 2017, <<https://www.nord-stream2.com/de/media-info/standpunkte-analysen/erdgasmarkt-und-transitnetz-der-ukraine-9/>>.
- Lang, Kai-Olaf; Kirsten Westphal: Nord Stream 2. A Political and Economic Contextualisation [= Research Paper 3]. Berlin, März 2017, <https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/research_papers/2017RP03_lng_wep.pdf>.
- National Energy Security Fund: Nord Stream 2 and Ukraine. Costs should decide. Moskau, November 2016, <<http://www.energystate.ru/eng/catalog/files/Nord-Stream-2-and-Ukraine-Costs-Should-Decide.pdf>>.
- Pirani, Simon; Katja Yafimava: Russian Gas Transit Across Ukraine Post-2019. Pipeline scenarios, gas flow consequences, and regulatory constraints [OIES Paper: NG 105]. Oxford, Februar 2016; <<https://www.oxfordenergy.org/wpcms/wp-content/uploads/2016/02/Russian-Gas-Transit-Across-Ukraine-Post-2019-NG-105.pdf>>.
- Talus, Kim: Application of EU Energy and Certain National Laws of Baltic Sea Countries to the Nord Stream 2 Pipeline Project, in: Journal of World and Energy Law & Business, 10.2017, Nr. 1, S. 30–42.

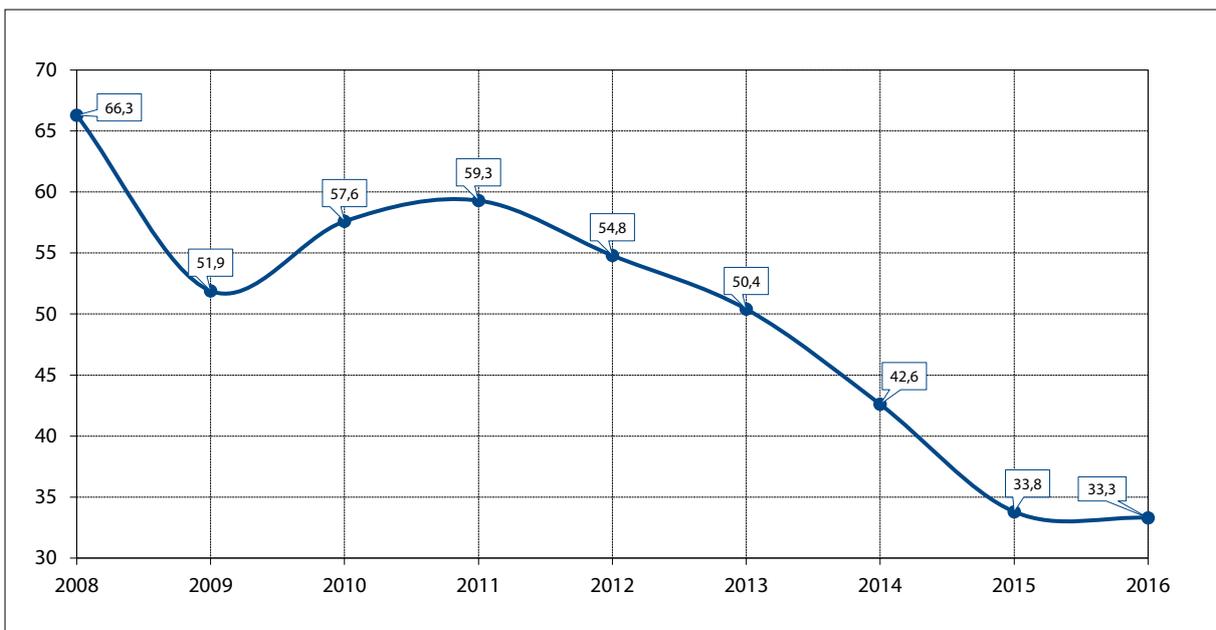
Grafik 1: Russlands Exporte in die Ukraine (Mrd. US-Dollar)



Anmerkung: *Produktgruppe 27 der internationalen Handelsstatistik (Harmonized Commodity Description and Coding Systems (HS)

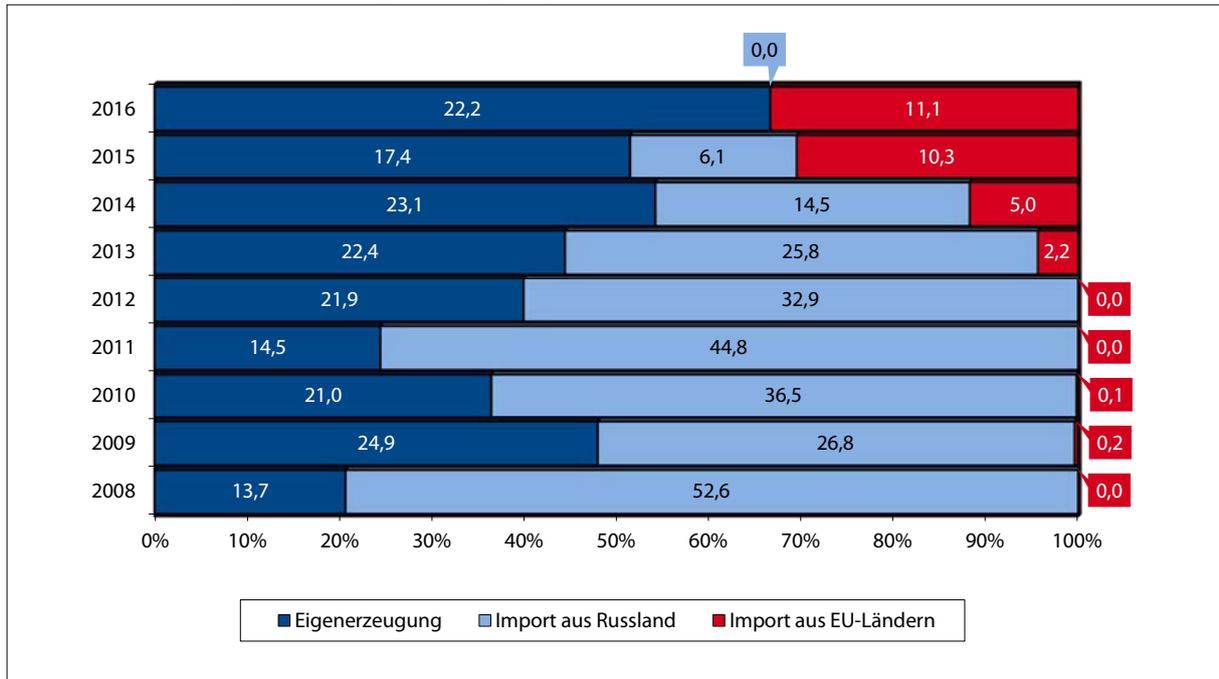
Quelle: <http://www.trademap.org/Bilateral_TS.aspx?nvpm=1|643||804||TOTAL||2|1|1|2|2|1|1|1|1|1>

Grafik 2: Gasverbrauch der Ukraine (in Mrd. m³)



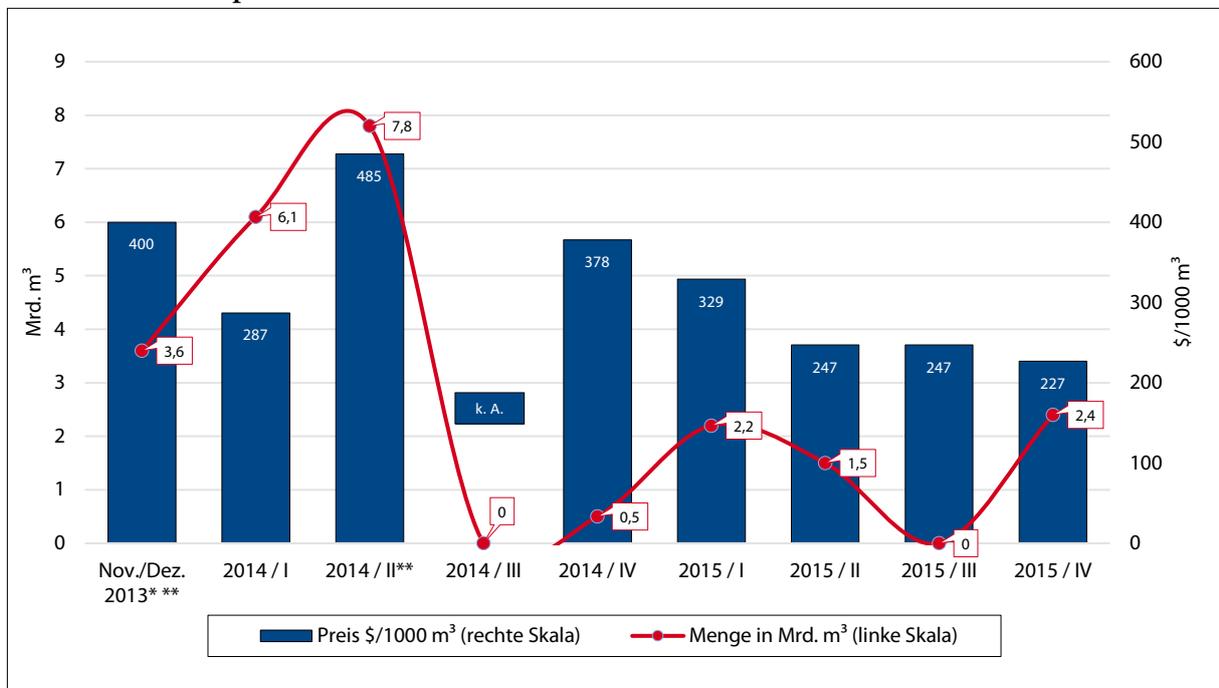
Quelle: <<http://www.naftogaz-europe.com/article/en/NaturalGasSupliestoUkraine>>.

Grafik 3: Gasimport und Eigenerzeugung der Ukraine 2008–2016 (Mrd. m³)



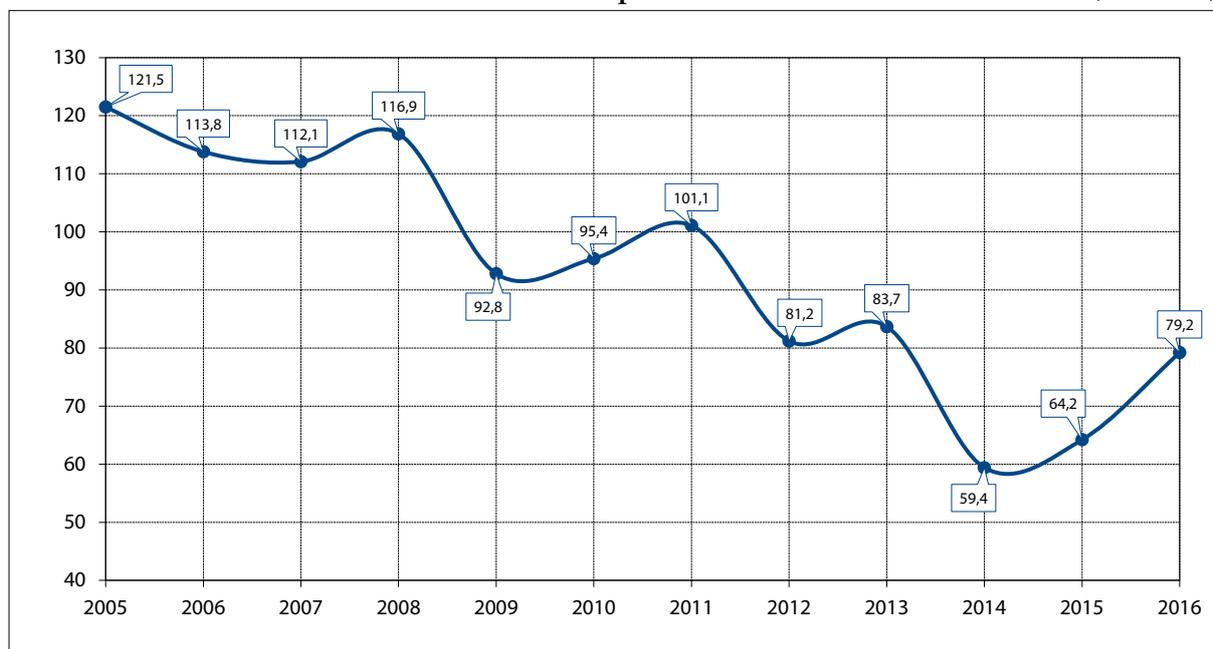
Quelle: <<http://www.naftogaz-europe.com/article/en/NaturalGasSuppliestoUkraine>>.

Grafik 4: Gasimport der Ukraine aus Russland



* Schätzung ** nicht bezahlt

Quelle: Simon Pirani, Katja Yafmava: *Russian Gas Transit Across Ukraine Post-2019. Pipeline scenarios, gas flow consequences, and regulatory constraints*. Oxford 2016, S. 17, <<https://www.oxfordenergy.org/wpcms/wp-content/uploads/2016/02/Russian-Gas-Transit-Across-Ukraine-Post-2019-NG-105.pdf>>

Grafik 5: Gastransit durch die Ukraine in europäische Länder einschließlich Türkei (Mrd. m³)

Quelle: Naftogaz Ukrainy, <<http://www.naftogaz-europe.com/article/en/NaturalGasTransitviaUkraine>>

ANALYSE

Russlands Handelsbeziehungen zur Ukraine: verschenktes Potential und sinkende Attraktivität

Alexandr Danilzew, Moskau

Zusammenfassung

Seit dem politischen Konflikt zwischen Russland und der Ukraine haben die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern erheblichen Schaden genommen. Russische Importe aus der Ukraine und ukrainische Importe aus Russland sind in den Jahren 2015/16 um 70–80 Prozent gegenüber den letzten drei Jahren vor der Krise zurückgegangen. Dabei war Russland für die Ukraine ein wesentlich wichtigerer Handelspartner als umgekehrt. Als Handelspartner und in der Kooperation bei der Herstellung von Hightech verliert die Ukraine zunehmend an Attraktivität für russische Unternehmen. Ein Ausweg aus dieser Entwicklung ist allein in der Normalisierung der politischen Beziehungen zu sehen – und in der Idee einer Freihandelszone vom Atlantik bis zum Pazifik.

Rückgang des theoretischen Handelspotentials

Die Handelsbeziehungen zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine haben seit Beginn der 1990er Jahre für beide Staaten traditionell eine große Bedeutung gehabt. Wichtige Faktoren waren sowohl die gegenseitigen Lieferungen von Rohstoffen und Halbfertigwaren

als auch entwickelte Fertigungsketten zur Produktion von Fertigwaren – auch in Hightech-Bereichen wie etwa der Militärtechnik (Flugzeugbau, Luft- und Raumfahrtindustrie – beispielsweise ein gemeinsames Projekt für seegestützte Weltraumstarts –, Schiffbau usw.).

Dabei bestehen jeweils erhebliche Unterschiede in der Bedeutung des wechselseitigen Handels für die bei-

den Partner. Russland ist für die Ukraine der größte Handelspartner, der bei den Exporten, wie auch bei den Importen den ersten Platz einnimmt, ungeachtet des Umstandes, dass der Anteil Russlands am Außenhandel der Ukraine allmählich abnimmt. Wenn der Anteil der Exporte nach Russland Anfang der 2000er Jahre noch 20 Prozent der ukrainischen Gesamtexporte ausgemacht hatte, war er bis 2016 auf rund zehn Prozent zurückgegangen, wobei er 2012–2013 noch bei 24–26 Prozent gelegen hatte. Die Bedeutung der Ukraine für den russischen Export ist erheblich geringer, der Anteil lag Anfang der 2000er Jahre bei rund neun Prozent und 2016 bei nur zwei Prozent (die Ukraine bleibt allerdings weiterhin einer der 20 wichtigsten Handelspartnern Russlands). Somit ist die Bedeutung des gegenseitigen Handels für die ukrainische Wirtschaft nach wie vor größer als für die Wirtschaft Russlands.

Eine Analyse des theoretischen Handelspotenzials (auf Basis des Exportvolumens, das pro US-Dollar Bruttoinlandsprodukt generiert wird, unter Berücksichtigung der Logistikkosten) zeigt folgendes: Die Intensität der ukrainischen Exporte nach Russland in den Jahren 2000–2013 lag im Schnitt 20 Prozent über dem theoretischen Wert, war also um ein Fünftel intensiver als durchschnittlich mit anderen Handelspartnern. Für Russland lag dieser Wert im gleichen Zeitraum bei nur 32 Prozent vom theoretischen Potenzial (das Potenzial der Nachfrage auf dem ukrainischen Markt wurde also von den russischen Exporteuren nicht voll ausgenutzt, im Gegensatz zum Beginn der 2000er Jahre, als es praktisch noch voll ausgeschöpft worden war). Das belegt, dass die Voraussetzungen für Exporte durch ukrainische Unternehmen auf den russischen Markt günstiger waren, als für russische Firmen auf den ukrainischen: der russische Markt war höchst attraktiv und gewinnbringend. Im Jahr 2015, also nachdem die heiße Phase des politischen Konflikts eingesetzt hatte, nutzte die Ukraine das Potenzial des russischen Marktes nur zu rund 80 Prozent aus, was einen Rückgang der ukrainischen Exportintensität um ein Drittel bedeutete. Die russischen Exporteure nutzten 2015 das Handelspotenzial mit der Ukraine nur zu 25 Prozent, was einem Rückgang um rund ein Viertel gleichkam.

Es liegt auf der Hand, dass die Komplikationen in den politischen Beziehungen sich negativ auf den wechselseitigen Handel auswirkten, und zwar nicht nur in Form direkter Handelssanktionen nach Ausbruch des politischen Konflikts, sondern durch mittelbare Maßnahmen und aus anderen ökonomischen Gründen. Zu nennen sind hier die Einstellung der Kooperationsprogramme beim Flugzeugbau (die lange vor Beginn der politischen Probleme erfolgt war), die Beschränkungen für die Tätigkeit von Filialen russischer Banken

in der Ukraine und der Übergang der russischen Rüstungsindustrie zur Entwicklung einer Eigenproduktion bestimmter Rüstungskomponenten. Gleichzeitig ist auf den bedeutenden Rückgang im Dienstleistungsbereich hinzuweisen (in erster Linie bei Bank- und Transportdienstleistungen); dieser Bereich ist ein äußerst wichtiger Faktor für die Gesamtentwicklung des Handels.

Insgesamt sind die russischen Importe aus der Ukraine, wie auch die ukrainischen Importe aus Russland in den Jahren 2015–2016 gegenüber den letzten drei Vorkrisenjahren um rund 70–80 Prozent zurückgegangen. Auf einigen recht wenigen Positionen sind die Importe stabil geblieben oder gar gestiegen; hierzu gehören einige Arten Textilrohstoffe, Chemieprodukte, Erze und Metallurgieerzeugnisse. Im Bereich des Hightech-Maschinenbaus waren aus russischer Sicht die Schiffbauimporte eine wichtige Stütze, und aus ukrainischer Sicht zudem die Luftfahrttechnik aus allgemeinem Maschinenbau – trotz eines erheblichen Volumrückgangs in beiden Ländern. Selbstverständlich ist besonders für die Ukraine eine Zusammenarbeit im Energiesektor wichtig, der einen Sonderbereich darstellt (s. auch den Beitrag von Roland Götz in dieser Ausgabe, S. 2–9).

Sinkende Attraktivität der Ukraine als Handelspartner

Neben einem gewissen wechselseitigen Interesse an Halbfertigprodukten und Rohstofflieferungen bestand traditionell Interesse an einer Zusammenarbeit in jenen Hightech-Sektoren, die schon zu Zeiten der Planwirtschaft Gegenstand einer Produktionszusammenarbeit waren. Tatsächlich war es so, dass ungefähr bis 2011/12 der wechselseitige Handel mit Erzeugnissen des Maschinenbaus sich recht gut entwickelte (bis 2006 ist er ausgeglichen gewesen, danach überwogen die ukrainischen Lieferungen diejenigen aus Russland erheblich). Im weiteren Verlauf allerdings begann der Handel mit dieser Warengruppe zurückzugehen und ist bis 2015/16 auf das Niveau von 2000 gesunken.

Insgesamt ist festzuhalten, dass die Attraktivität der Ukraine als Partner im Handel und bei der Hightech-Produktion zurückgegangen ist. Der Anteil technisch komplexer Erzeugnisse an den Gesamtexporten hat sich gegenüber 2001 bis 2015 um ein Drittel verringert, und die die Ausgaben für den Erwerb von Urheberrechten, unter anderem an Technologien, sind um die Hälfte gesunken. Bereits nach 2012 ist ein unentwegter Rückgang der ukrainischen Exporte zu verzeichnen gewesen, selbst wenn die Exporte nach Russland unberücksichtigt bleiben.

Gegenwärtig lässt sich feststellen, dass sich die Nutzung der Handelspotenziale, gemessen an der Größe der Volkswirtschaften der beiden Länder und ihrer geogra-

phischen Nähe um rund ein Drittel zurückgegangen ist. Gleichzeitig werden die beiden Seiten den Handel mit einigen Rohstoffarten und Halbfertigprodukten, an denen beide Seiten ein Interesse haben, wohl eher aufrechterhalten oder gar ausbauen. Dieser Handel wird aber von geringer, lokaler Dimension sein und nicht die großen, grundlegenden und strategisch wichtigen betreffen, solange es keine Verbesserung der politischen Beziehungen gibt. Hinsichtlich der Entwicklung einer Partnerschaft zur Schaffung von Produktionsketten im Bereich der Herstellung von komplexen und High-tech-Erzeugnissen hat die Ukraine anscheinend schon ihre Attraktivität als Partner verloren. Gründe sind der Niedergang ihres Hightech-Sektors, die Entwicklung eigener Produktionsprogramme sowie das Aufkommen alternativer Partner, vor allem in Asien. Daher wird diese

Richtung der Zusammenarbeit schon keine wichtigen Anreize mehr zur Wiederherstellung des Handels liefern.

Fazit

Es liegt der Schluss nahe, dass der (Nicht)Einsatz von Beschränkungsmaßnahmen davon abhängen wird, welche Möglichkeiten zur Normalisierung vor allem der politischen Beziehungen bestehen.

Als äußeren Faktor kann erwähnt werden, dass die Perspektiven des bilateralen Handels zwischen Russland und der Ukraine in vielen Fällen insbesondere davon abhängen wird, ob die Idee, Zonen eines freien wirtschaftlichen Austauschs vom Atlantik bis in den russischen Fernen Osten einzurichten, mit Beteiligung der Europäischen Union umgesetzt wird.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über den Autor:

Alexandr Danilzew ist Direktor des Instituts für Handelspolitik an der Moskauer Higher School of Economics.

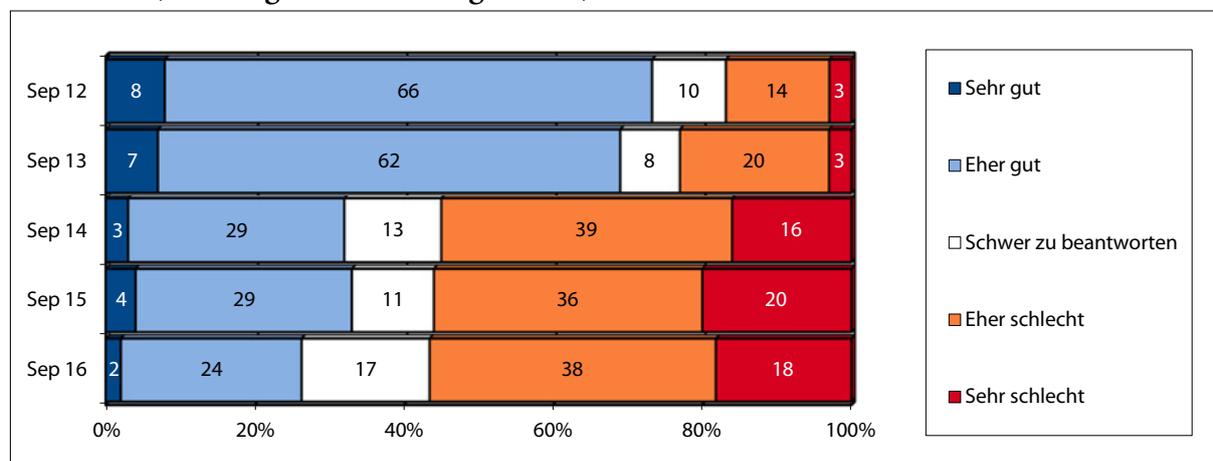
Lesetipps

- Malmloff, Thomas: A Case Study of Russo-Ukrainian Defense Industrial Cooperation: Russian Dilemmas, in: Europe-Asia Studies, 29.2016, Nr. 1, S. 1–22.
- Dragneva, Rilka; Kataryna Wolczuk: Between Dependence and Integration: Ukraine’s Relations With Russia, Europe-Asia Studies, 68.2016, Nr. 4, S. 678–698.

UMFRAGE

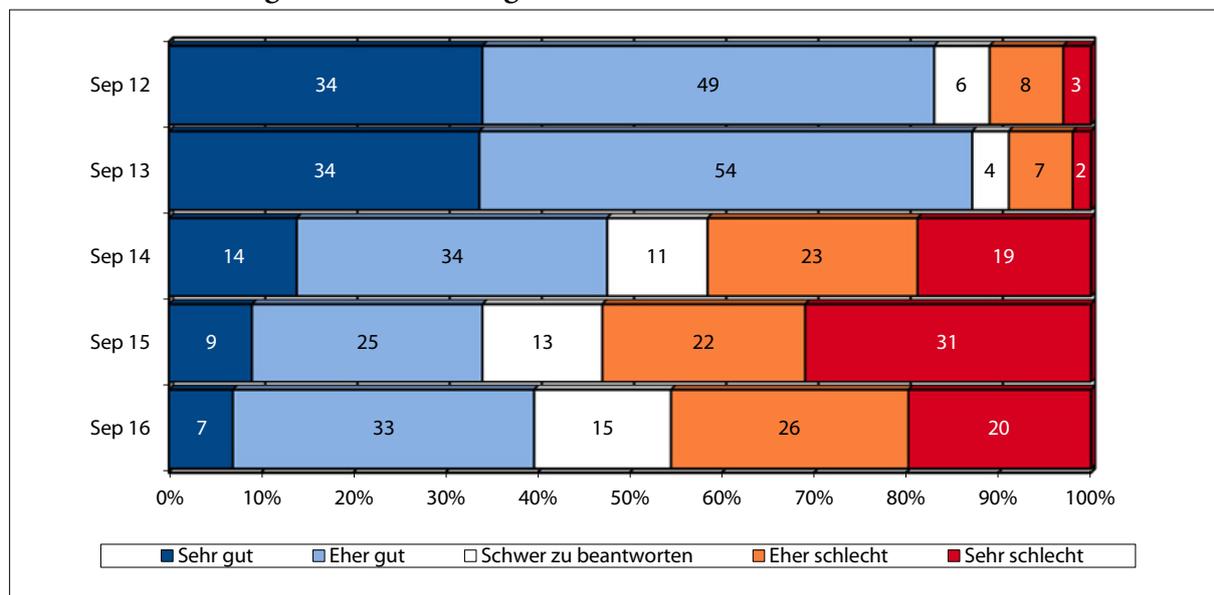
Meinungsbilder zu den Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine

Grafik 6: Wie ist im Allgemeinen Ihre gegenwärtige Einstellung zur Ukraine? (Meinung russischer Bürger, in %)



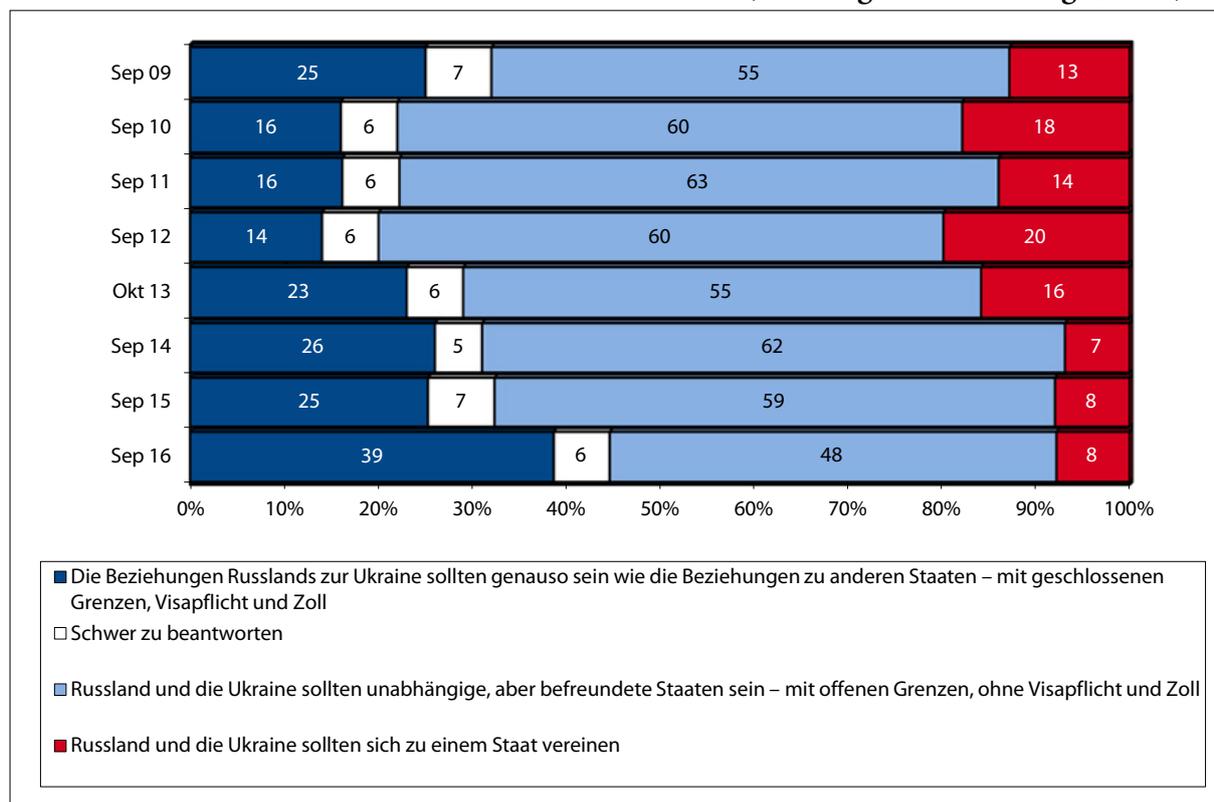
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums, <<http://www.levada.ru/2016/10/27/ukraina/>>, 27. Oktober 2016

Grafik 7: Wie ist im Allgemeinen Ihre gegenwärtige Einstellung zu Russland? (Meinung ukrainischer Bürger, in %)



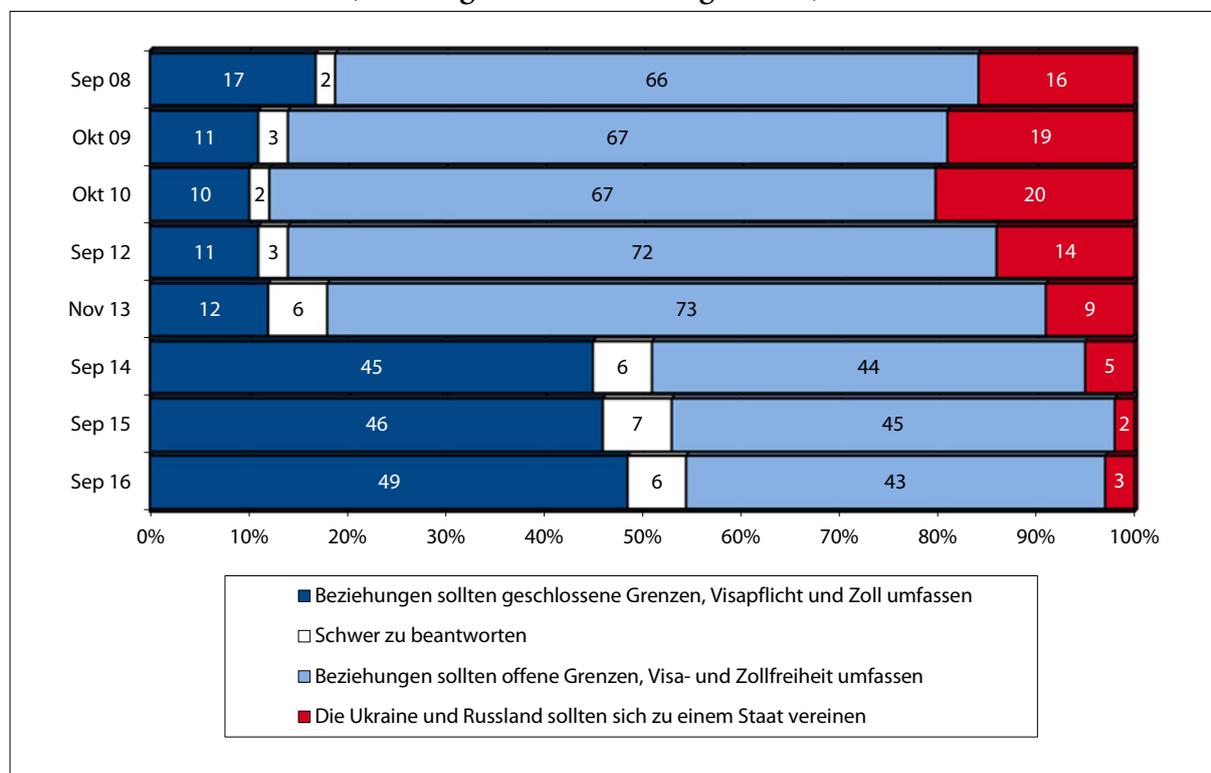
Quelle: Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KMIS), <<http://www.levada.ru/2016/10/27/ukraina/>>, 27. Oktober 2016

Grafik 8: Mit welcher der folgenden Meinungen über die Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine stimmen Sie am ehesten überein? (Meinung russischer Bürger, in %)



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums, <<http://www.levada.ru/2016/10/27/ukraina/>>, 27. Oktober 2016

Grafik 9: Wie sollten Ihrer Meinung nach die Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland aussehen? (Meinung ukrainischer Bürger, in %)



Quelle: Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KMIS), <<http://www.levada.ru/2016/10/27/ukraina/>>, 27. Oktober 2016

AUS RUSSISCHEN BLOGS

Der müde Präsident: Kommentare zur Bürgersprechstunde »Direkter Draht« mit Wladimir Putin

Sergey Medvedev, Berlin

Am 15. Juni hat die 15. Bürgersprechstunde »Direkter Draht« mit Wladimir Putin stattgefunden – drei Monate später als geplant. Vier Stunden lang übertrugen sechs führende Fernseh- und Radiosender das Live-Gespräch von Bürgern mit dem russischen Präsidenten. Es ist eines der zentralen Formate zur Selbstdarstellung Putins. Seine Antworten und Aussagen prägen die Schlagzeilen der russischen Medien, auch der unabhängigen.

In der Regel werden die meisten Themen der Sendung im Voraus ausgewählt und die Antworten des Präsidenten mit statistischen Belegen sorgfältig vorbereitet. Neben Fragen von Bürgern aus den Regionen und aus dem Netz melden sich auch Politiker, prominente Sportler und Kulturschaffende aus dem Publikum im Studio zu Wort. Zur Tradition der präsidentialen Show gehören »spontane« Lösungen von Problemen: Unregelmäßigkeiten in fernen Gebieten Russlands werden überprüft, zerfallene Infrastruktur wird instandgesetzt oder das Staatsoberhaupt verteilt großzügig Geschenke an Kinder oder notleidende Menschen, die sich während der Liveschaltung mit einer konkreten Bitte an den Präsidenten wenden. Für die Gouverneure in den Regionen und die lokalen Machtorgane können die Beschwerden der Bürger schwerwiegende Folgen nach sich ziehen – von der Entlassung bis hin zur Einleitung eines Strafverfahrens.

Dieses Mal allerdings verlief die Sendung ruhiger als in den Vorjahren. Auf viele Beobachter wirkte der Präsident etwas müde und unvorbereitet. Sie fragen sich nun, ob man aus seinen Antworten tatsächlich den Schluss ziehen kann, dass Putin bei den Präsidentschaftswahlen 2018 wieder kandidieren wird.

Das Erscheinen des gnädigen Putin

Anton Oreh, Journalist

»Der jährliche direkte Draht mit Putin ist wie das jährliche Erscheinen des Heiligen Feuers (orthodoxe Ostertradition; d. Red.). Alle warten auf dieses Feuer, als ob nach dessen Erscheinen Gottes Gnade auf sie niederkomme. Egal, dass die bärtigen Männer ein Feuerzeug mitgebracht haben, damit das Feuer ihnen garantiert erscheine – schließlich ist es eine Frage des Glaubens. Wenn man an dieses Feuer glaubt, muss einem egal sein, woher es kommt und wie es entsteht. Man fühlt sich durch die Tatsache wohl, dass es dieses Feuer gibt.

Mit Putin ist es ganz dasselbe. Egal, von welchem Pferd er erzählt und wie sehr er Sand in die Augen streut – entweder glauben Sie daran, oder eben nicht. Wenn Ihr Glaube an Putin stark ist, gefällt Ihnen alles – Sie lachen über blöde Wortspiele [...] und Sie glauben wirklich, dass die Korruption nicht das größte Problem des Landes ist. Allerdings werden die Gläubigen immer weniger. [...]

Immerhin kann diese Gnade durchaus auf bestimmte Bürger niederkommen. In all den Jahren, in denen der gnädige Putin erschienen ist, hat es Dutzende solcher Geschichten gegeben. Eine Straße bauen, ein Kabel verlegen, einen Weihnachtsbaum anmachen. Und allerlei Schwachköpfe schauen und sind gerührt: Was haben wir für einen guten Präsidenten, einen so gutwilligen und fürsorglichen. Ich aber sage Ihnen: wir haben einen beschissenen Präsidenten. Weil es nach fast 18 Jahre Amtszeit Putins im Land niemanden gibt, der ohne seine Anweisung eine Glühbirne im Treppenraum wechseln würde. Nur er allein kann alles lösen, und er allein ist dann auch die Macht. [...]

Anton Oreh am 15. Juni 2017 bei Echo Moskwy; <<http://echo.msk.ru/blog/oreh/2000810-echo/>>

Zusammenfassung des direkten Drahts

Jewgenij Mintschenko, Politologe

- »1. Es gibt keine große Sorge über die Situation in der Wirtschaft;
2. Negatives wird in erster Linie mit den regionalen Regierungen und Behörden verbunden;
3. Das Problem der Proteste gibt es in der Agenda nicht;
4. Innerhalb des Politbüros 2.0 steigen die Aktien für: Tschemezow, Schoigu, die Rotenbergs, Tschaika, S[ergej]. Iwanow, Gromow, Solotow, Nabiullina, Peskow. Sobjanin hat seine Position behalten;
5. Es wird auf Rüstungsindustrie und Infrastrukturprojekte gesetzt;
6. Problemgouverneure sind (absteigend): Lewtschenko (hätte jemand was anderes gedacht?), Merkuschin, Wladimirov, Komarowa, Schdanowa, Kowtun, Radajew, Potomskij, Mikluschewskij, Kondratjew, Bretschalow, Worobjow;
7. Umprägung des Images: »Ich bin genauso einer wie ihr;
8. Die Aufmerksamkeit konzentriert sich auf die internationale Politik;
9. Bei den Wahlen wird er selbst kandidieren. Über einen Nachfolger denkt er nicht nach.

#Politbürozwainull«

Jewgenij Mintschenko am 15. Juni 2017 auf Facebook; <<https://www.facebook.com/minchenko/posts/1709559279073509>>

Den Anführer gibt es nicht mehr

Alexej Melnikow, Publizist

»Der Gesamteindruck des ›Direkten Drahts‹ von W.W. Putin: flau, schlecht informiert, ohne Schwung, ideenlos, initiativlos, perspektivlos.

Dass es seit 15 Jahren ein und dasselbe Format gibt, bestätigt nur diesen Eindruck.

Als Anführer ist W.W. Putin am Ende angelangt. Als eine Person, die seine Gruppierung, die Menschen im Land zu bestimmten Zielen »vorwärts« führt, hat er seinen Zenit hinter sich. Das hat mit dem Alter nichts zu tun.

Es geht nur darum, dass W.W. Putin seine Agenda ausgeschöpft hat. Die Hülle ist noch da, aber innen ist alles verfallen: da ist es leer. Haut, aus der die Schlange herausgekrochen ist.

Innerhalb des Landes ist die Entwicklung zum Stillstand gekommen, weil W.W. Putin in 20 Jahren seiner Herrschaft einen Staudamm namens »Kapitalismus der Erzkumpane« errichtet hat. Alles stemmt sich gegen ihn, nichts kann ihn umgehen. Dabei ist er nicht in der Lage, für eine gute konkurrenzfähige Position in einer globalisierten Welt zu sorgen. Das wurde schon bewiesen. [...]

Im Bereich der Außenpolitik ist W.W. Putin nach der Eroberung der Krim und dem Versuch, noch einige Teile der Ukraine einzunehmen, am Ende angelangt. Zu diesem Schluss komme ich nach den letzten drei Jahren zunächst der Erregung und dann einer immer deutlicheren Erkenntnis über die Sackgasse [in der wir stecken]. Der »Direkte Draht« hat gezeigt, dass W.W. Putin hier nicht die Initiative innehat und eine Geisel dessen ist, was da kommt – er wartet und kann nichts machen; er hat das Schiff Russland zum Spielball der mächtigen Weltmeere gemacht. [...]

Alexej Melnikow am 15. Juni 2017 auf *«Livejournal.com»*; <<http://aleks-melnikov.livejournal.com/442404.html>>

Putin ist fit, aber...

Andrej Botscharow, Schauspieler

»Ich habe soeben den ›Direkten Draht‹ gesehen. Es wäre dumm, zu bestreiten, dass Putin voll fit ist. Er hantiert übrigens, wie immer, mit vielen Zahlen, demonstriert, dass er in unterschiedlichsten Bereichen Bescheid weiß, zeigt Mitgefühl für jene, die in Not geraten sind.

Auf meine Fragen habe ich auch Antworten bekommen.

1. Die Staatsordnung Russlands wird weiterhin so bleiben – staatlich-monopolistisch, paternalistisch [...]
2. Bei den anstehenden Wahlen wird das Land Putin wählen.
3. (keine Antwort habe ich auf die Frage bekommen, wie man vier Stunden am Stück sitzen kann und nicht ein einziges Mal auf die Toilette muss – diese Frage hatte niemand gestellt)

Und hier stellt sich eine Frage, aber nicht an Putin, sondern an euch. Ergeben die Protestaktionen einen Sinn? Macht es Sinn, sich Schlagstöcke auszusetzen und in den Knast zu wandern? Teilweise wurde die Frage schon beantwortet. Zu den Protestaktionen am 12. Juni kamen nur 20 % der von den Veranstaltern angemeldeten Personen.

Ich möchte aber euch, meine 237.158 Follower, nochmal fragen: Macht es Sinn? Liebe Facebookies? Oder sollen wir bis 2024 ruhig auf unserem Hintern sitzen bleiben?

Übrigens stellt Oliver Stone in der zweiten Folge des Films »Interview mit Putin« die Frage: »Warum funktionieren in Russland die demokratischen Institutionen nicht? Gerichte, Medien, Parlament?«

Putin antwortet darauf. »Seine ganze Geschichte lang hat Russland unter Zaren gelebt, danach unter Stalin. Was erwarten Sie, dass es sofort, über Nacht, Demokratie gibt? Wir sind in Bewegung, in der Entwicklung.«

Auch [die Politologin] Jekaterina Schulman behauptet, dass Putin diese Institutionen aufbaut; mit demokratischem Inhalt werden wir sie irgendwie in der Zukunft füllen.«

Andrej Botscharow am 15. Juni 2017 auf Facebook; <<https://www.facebook.com/bocharik/posts/1745251995490143>>

Was mit diesem direkten Draht nicht in Ordnung ist

Jekaterina Winokurova, Journalistin (Moskau)

»Wladimir Putin hat wieder gezeigt, dass er in bester Verfassung ist und bereit, auch auf unangenehmste Fragen zu antworten. Diesen Kommentar wiederholt der Chor der Kommentatoren von Jahr zu Jahr nach jedem markanten öffentlichen Auftritt des Präsidenten. Ich denke, dieses Mal gibt es keine Ausnahme.

Überhaupt erinnert der ›Direkte Draht‹ mit dem Präsidenten eigentlich an einen Film, der sich jedes Jahr wiederholt. Zeigt man den ›Direkten Draht‹ aus dem Jahr 2005 oder 2007, wird kaum jemand einen großen Unterschied merken. Das gewohnte psychotherapeutische Mantra »Alles wird gut« (dieses Mal wörtlich wiedergeben), sorgfältig ausgewählte Teilnehmer und natürlich Fragen, die zu einem einzigen Zweck gestellt werden, nämlich dem Präsidenten zu bedeuten, dass es in der allgemeinen Pracht vereinzelte Probleme »vor Ort« gibt.

Dieses Mal gab es übrigen etwas Neues.

Zum einen gab es gewisse Erwartungen. Immerhin waren wenige Tage zuvor Tausende ganz junger Leute die Twerskaja[-Straße] langgezogen, mit Losungen wie »Putin ist ein Dieb!« und mit Forderungen, die hochrangigen Staatsbeamten von Putins »Vertikale« [der Macht] zur Verantwortung zu ziehen.

Außerdem finden im nächsten Jahr Präsidentschaftswahlen statt. Für Putin, der heute berechtigterweise und mehr als einmal betont hat, in welchem großem und schwierigem Land wir leben, wäre es eigentlich an der Zeit, klar zu sagen, ob er dieses große und schwierige Land weiter regieren will.

Aufschlussreich war der Hintergrund, vor dem Putin versicherte, dass alles unter Kontrolle ist, und dabei in den Ansichten des vor Ergebenheit triefenden Publikums im Studio badete. Zwischendurch erschienen auf dem Bildschirm Fragen, die während der Live-Schaltung nicht zur Sprache kamen, aber nicht unbemerkt bleiben konnten. »Wann gehen Sie?«, »Warum decken Sie korrupte Politiker aus Ihrem engsten Kreis?«, »Warum zahlen die Oligarchen keine Steuern in Russland?«, »Wollen Sie die Lorbeeren Breschnews?«, »Drei Amtszeiten reichen« [...]

Putin zeigt von Jahr zu Jahr seine Visionen eines »lebendigen Dialogs« mit den Menschen und ruft seine »Kolle-gen« von der »Vertikale« zum Gleichen auf. Das Problem ist nur, dass es nicht nur keinen »lebendigen Dialog« gibt. Es gibt auch keinen Raum dafür. Es gibt völlige Imitation. [...]

In den schon etwas in Vergessenheit geratenen »fetten« Jahren hatte die Imitation eines Dialogs in Verbindung mit einer alternativen Agenda funktioniert. Jetzt aber, wo man gleichzeitig weder satt wird noch frei ist, war es kein Zufall, dass so viele Leute Putin das Wort »Müdigkeit« schrieben, in all seinen Ableitungen. Den »Ermüdeten« aber hat Putin nichts Neues angeboten. Vielmehr hat er gezeigt, dass er selbst »müde« ist. Dadurch verstärkte er umso mehr die Vorahnung von »etwas Üblem« [...]

Jekaterina Winokurova am 15. Juni 2017 bei »znak.com«; <https://www.znak.com/2017-06-15/ekaterina_vinokurova_o_tom_chno_ne_tak_s_pyatnadcatoy_pryamoy_liniey_prezidenta>

Wladimir Putin führt Russland weiterhin auf einem evolutionären Weg

Irina Alksnis, Journalistin (Moskau)

»[...] Neben den konkreten Fragen und detaillierten Einzelheiten ist allerdings noch wichtiger der allgemeine Eindruck, der durch den Direkten Draht bereitet wurde, und die persönliche Botschaft Wladimir Putins an die Gesellschaft in Russland, die der Präsident unentwegt bei seinem Auftritt sendete.

In diesem Zusammenhang erscheinen folgende Momente am wichtigsten.

Erstens: Optimismus und eine positive Dynamik im Land, ungeachtet der unzähligen Probleme und Schwierigkeiten. [...]

Zweitens: Die Entwicklung von Demokratie und Meinungsfreiheit im Land. [...]

Drittens: Geduld, Konsequenz und informelle Herangehensweise. [...]

Es ist nicht ausgeschlossen, dass es gerade dieses beharrliche Vorgehen Wladimir Putins sein wird, mit dem er Russland und die russische Gesellschaft auf einen evolutionären Weg der Entwicklung schickt, die schließlich als sein wichtigster Beitrag für die Geschichte Russlands genannt werden wird.«

Irina Alksnis am 15. Juni 2017 bei »Wsglad«; <<https://vz.ru/politics/2017/6/15/874693.html>>

Ausgewählt und eingeleitet von Sergey Medvedev, Berlin

(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)

NOTIZEN AUS MOSKAU

Nawalnyj

Jens Siegert, Moskau

Alexej Nawalnyj ist erfolgreich. Alexey Nawalnyj ist der einzige Politiker in Russland, der die gegenwärtige Machtelite (sprich: Wladimir Putin) tatsächlich herausfordert. Seinen Film über den ergaunerten Reichtum von Ministerpräsident Dmitrij Medwedew haben inzwischen mehr als 22 Millionen Menschen auf Youtube angesehen. Seine Aufrufe haben am 26. März und am 12. Juni zu den beiden größten Protesttagen in Russland seit den Winterprotesten 2011/2012 geführt. Mehr noch: Er hat erstens diese Proteste, die zuvor weitgehend eine Moskauer (und, mit Abstrichen, St. Petersburger) Veranstaltung waren, in die Regionen zu tragen vermocht. Und zweitens hat sich die Zusammensetzung der Protestierenden verändert. Noch nie

seit dem Ende der Sowjetunion hatten Proteste ein so junges Gesicht.

Gleichzeitig ist Alexej Nawalnyj aber hoch umstritten. Auch und vor allem in der Opposition. Die einen verweisen auf die genannten Erfolge und sagen, Nawalnyj sei damit der einzige Oppositionspolitiker, der gegenwärtig in der Lage sei, die Aufmerksamkeit von Millionen Menschen zu gewinnen. Es gebe momentan keine andere Hoffnung auf eine auch nur irgendwie bedeutende Opposition zu Putin als ihn.

Die anderen werfen ihm vor, ein Populist und, mitunter, ein Rassist zu sein (nur ein neuestes Beispiel ist seine Aussage in einem Interview mit Xenia Sobtschak für den Internetsender »Doschd«, in dem Nawalnyj den

Usbeken absprach, Puschkin zu kennen). Es gehe ihm nicht um ein demokratisches Land, sondern nur um die eigene Macht. Folglich werde Russland mit einem Präsidenten Nawalnyj, so sagen diese Leute, kaum demokratischer sein als das Russland Putins, es werde nur einen anderen Führer haben.

Um es gleich klar zu machen: Ich neige, bei aller *berechtigten* Kritik an Nawalnyj, der ersteren Sichtweise zu. Warum, das möchte ich heute in diesen Notizen zu erklären versuchen.

Selbstverständlich gibt es keine Garantie für ein demokratisches Russland nach Putin unter einem hypothetischen Präsidenten Nawalnyj. Da niemand aber eine auch nur irgendwie realistische Perspektive hat, wie überhaupt in dieses Nach-Putin-Russland zu gelangen wäre, ist das aber gegenwärtig nicht die wichtigste Frage. Es spielt daher momentan eine eher untergeordnete Rolle, ob Nawalnyj nun ein (lupenreiner) Demokrat ist oder nicht. Natürlich wäre es besser, es wäre so. Das Problem ist aber, dass niemand von den Politikern, die das Prädikat »demokratisch« verdienen oder verdienen, (bisher) in der Lage war oder in der Lage ist, Putin und das von ihm geschaffene politische System herauszufordern. Nawalnyj ist der einzige, der auch nur in die Nähe einer Herausforderung gekommen ist.

Er hat das mit dem Slogan gezeigt, die Kremlpartei »Einiges Russland« sei eine »Partei der Gauner und Diebe«, der in den Winterprotesten 2011/2012 zu einem geflügelten Wort wurde. Er hat das 2013 bei den Moskauer Bürgermeisterwahlen gezeigt, als er, ohne mediale Präsenz außerhalb des Internets, mit einem (ast-)reinen Straßenwahlkampf gegen den Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin 27 Prozent der Stimmen holte. Er zeigt es gegenwärtig wieder dadurch, dass er seine früh erklärte Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen durch die Straßenproteste untermauert. Damit widmet er sich der wichtigsten Aufgabe, die Oppositionspolitiker heute in Russland haben: Dem Aufbrechen der vom Kreml langfristig und systematisch herbeigeführten *Entpolitisierung* der russischen Gesellschaft (fast hätte ich geschrieben, der russischen Politik – ganz falsch wäre das nicht gewesen).

Grigorij Jawlinskij »Jabloko« oder »PARNAS«, die Partei des ermordeten Boris Nemzow, mögen die besser ausgearbeiteten Programme haben. Diese Programme mögen demokratischer zustande gekommen sein. Ja, die Inhalte dieser Programme mögen demokratischer sein und mir und vielen anderen besser gefallen. Es gelingt ihnen trotzdem nicht, damit mehr als ein paar Prozent Wähler und Wählerinnen anzuziehen. Vielleicht ist es sogar gerade *deswegen*, weil Inhalte, Themen, Habitus und Sprache zu sehr an die 1990er Jahre erinnern, vor allem aber wegen des politischen Personenangebots, dass

sie nicht attraktiv sind. Es kann auch gut sein, dass es die von vielen demokratischen Politikern bemängelte Eindimensionalität des Politikers Nawalnyj ist, der nicht wirklich kompetent sei, nicht wirklich ein politisches Programm habe, die Nawalnyjs Stärke ausmacht. Man kann das Populismus nennen. Es bleibt erfolgreich.

Sein Hauptthema *Korruption* wirkt für vielen Menschen offenbar nicht verengend, sondern auf das Wesentliche konzentriert. Außerdem gilt, das mag außerhalb Russlands paradox klingen, Korruptionsbekämpfung als eher nicht-politisches Thema, also als ein Thema, das zu behandeln legitim ist (wobei dieses *Nichtpolitische* den Nachteil hat, dass die Bekämpfung der Korruption dadurch nicht als systemimmanent, sondern als Abweichung vom System verstanden wird, was *politische* Mobilisierung gleichzeitig erleichtert und begrenzt). Der Vorwurf, den der Kreml Nawalnyj folgerichtig macht, ist dann auch nicht, das Thema Korruption zu behandeln, sondern sich damit persönlich profilieren zu wollen (Übrigens immer, ohne ihn beim Namen zu nennen. Allein das ist schon eine Adellung).

Aus der beschriebenen Ausnahmestellung erwächst Alexej Nawalnyj aber auch Verantwortung. Viele seiner Kritiker und Kritikerinnen haben ihm gerade nach den Massenverhaftungen am 12. Juni (nach Angaben von »OVD-Info« waren es russlandweit mehr als 1700 Menschen) vorgeworfen, vor allem die jungen Menschen, die seinen Aufrufen, auf die Straße zu gehen (mitunter trotz staatlichem Verbots), gefolgt waren, zu verführen. Diese Menschen, so ist aus diesem Argument zu schlussfolgern, sind, sei es aus Unerfahrenheit oder wegen ihres Alters, nicht in der Lage, die Risiken, die sie damit eingehen, tatsächlich realistisch einzuschätzen. Eine Teilnahme birgt, insbesondere angesichts der Wahllosigkeit, mit der Menschen bei den Protesten verhaftet wurden, tatsächlich eine gewisse Gefahr.

Die Strategie Nawalnyjs funktioniert aber vor allem durch gezielte Herausforderungen des Staates (um hier nicht das im Russischen übel beleumundete und viel missbrauchte Wort *Provokation* zu verwenden). Diese Herausforderungen aber funktionieren nur, wenn der Herausforderer Risiken eingeht. Für sich und seine engere Umgebung ist das kein grundsätzliches Problem (obwohl der Gedanke an Alexej Nawalnyjs Bruder Oleg, der Ende 2014 für dreieinhalb Jahre ins Straflager geschickt wurde, mir zumindest Unbehagen bereitet). Je größer, diverser und damit unübersichtlicher der Zuspruch für Nawalnyj aber wird, umso mehr muss er sich dieser Verantwortung stellen.

Zahlreiche Interviews mit Teilnehmern und Teilnehmerinnen der Proteste vom 26. März und vom 12. Juni zeugen aber davon, dass sich diese Menschen der Risiken durchaus bewusst sind. Nicht selten ist zudem

die Versicherung zu hören, nicht wegen oder für Nawalnyj auf die Straße gegangen zu sein, sondern aus ganz eigenen Gründen: weil endlich etwas gegen die Korruption getan werden müsse und, immer häufiger, weil man den *endlosen Putin* endlich loswerden wolle. Die vielen Menschen, die sich in den inzwischen in vielen russischen Städten eingerichteten Wahlkampfbüros Nawalnyjs engagieren, dürften auch wissen, worauf sie sich einlassen. Es gibt genug Informationen darüber, was mit Leuten passieren kann, die sich oppositionell politisch engagieren. Ja, es ist nachgerade staatliche Politik, durch wahllose Festnahmen und politische Schauprozesse, auf dieses Risiko abschreckend hinzuweisen. Diese Menschen sollten, bei aller notwendigen Verantwortung im Einzelnen, als erwachsene Menschen und politische Bürger ernst genommen werden. Wie anders können sonst aus Untertanen Bürgerinnen und Bürger wachsen.

Zudem verschiebt, wer diesen Vorwurf allein oder vor allem gegen Nawalnyj richtet, zugleich die tatsächliche Verantwortung. Es ist der russische Staat, in dem unterschiedliche Sicherheitsagenturen wie das Innenministerium, der Inlandsgeheimdienst FSB und die vor einem Jahr neu gegründete »Rosgardija« darum wetteifern, wer der bessere Wachhund des Systems sei. »Rosgardija«-Chef Wiktor Solotow bringt seit einigen Monaten den neuen, Putin direkt unterstellten Dienst als Bollwerk gegen jede Form von Destabilisierung in Stellung, also als politische Polizei gegen jede Form von Infragestellung oder Änderungswunsch.

Zusammengefasst: Wie schon mehrfach zuvor, hat es Nawalnyj auch am 12. Juni wieder geschafft, dem Kreml die Spielregeln zu diktieren. Obwohl er selbst festgenommen wurde, als er in seinem Wohnhaus aus dem Aufzug trat und bis heute in Arrest sitzt, konnte er die

Aufmerksamkeit für seine politische Arbeit (und natürlich auch und nicht zuletzt für sich selbst als selbsterklärter Präsidentschaftskandidat) erneut steigern. Ohne jemals im Fernsehen (mit der Ausnahme des nicht sehr weit reichenden Internetkanals »Doschd«) aufzutauchen, kennen ihn inzwischen mehr als die Hälfte der Menschen in Russland.

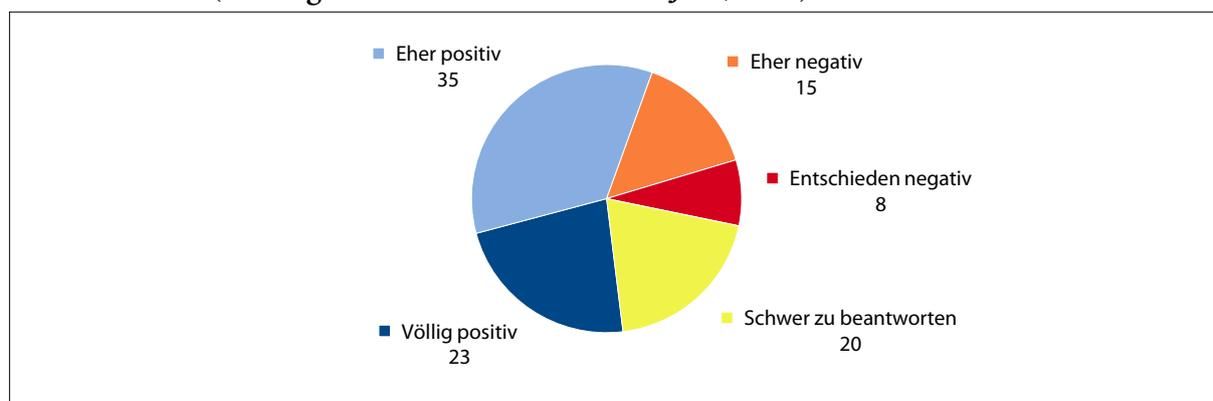
Der St. Petersburger Politologe Dmitrij Trawin bezeichnet entsprechend, durchaus anerkennend, das Popularisieren der Marke »Nawalnyj« als dessen größten Erfolg: Wenn die Menschen in Russland das Wort »Fluss« hörten, dächten sie an die Wolga. Wenn jemand »Kosmonaut« sage, komme den meisten sofort Jurij Gagarin in den Sinn. Bald, so sagt Trawin voraus, werde beim Wort »Opposition« kaum jemand an dem Gedanken »Nawalnyj« vorbeikommen (<http://www.rosbalt.ru/blogs/2017/06/13/1622726.html>).

Damit keine Illusionen entstehen: Niemand, auch Nawalnyj nicht (sollte er überhaupt antreten dürfen, was ich nicht glaube), hat eine Chance, Wladimir Putin im nächsten Jahr bei den Präsidentschaftswahlen zu schlagen. Ich wage vorauszusagen (womit ich ansonsten immer sehr vorsichtig bin), dass Putin diese Wahlen mit etwa 70 Prozent gewinnen wird (eine andere Frage ist, wie sauber diese 70 Prozent sein werden). Und auch für die kommenden Jahre ist nichts zu sehen, was seine Herrschaft ernsthaft gefährden könnte.

Nawalnyj spielt ganz offenbar ein langfristiges Spiel. Das ist darauf angelegt, bereit zu sein, sollte das Putinische politische System Schwächen zeigen.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <http://russland.boellblog.org/>.

Grafik 10: Wie ist Ihre Haltung zu der Idee, Demonstrationen gegen Korruption zu veranstalten? (Umfrage vor den Protesten am 12. Juni, in %)



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums, <http://www.levada.ru/2017/06/13/aktsii-protesta-12-iyunya>, 19.–22. Mai 2017

9. – 22. Juni 2017

09.06.2017	Die Staatsduma nimmt in zweiter Lesung Änderungen zum umstrittenen Gesetzentwurf über den Abriss von Wohnhäusern in Moskau an. Demnach sollen bis zu neunstöckige Häuser aus den Jahren 1957–1968 abgerissen werden können. Vor der Duma demonstrierten etwa 200 Menschen gegen den Gesetzentwurf. Auf der nicht genehmigten Kundgebung werden drei Personen vorübergehend festgenommen, unter ihnen auch Sergej Mitrochin, ein führender Politiker der Partei »Jabloko«.
10.06.2017	In einem Dorf im Moskauer Gebiet schießt ein Mann aus seinem Haus auf Passanten. Vier Menschen sterben. Der mutmaßliche Täter wird von einer Spezialeinheit erschossen.
10.06.2017	In Moskau wird der leitende Direktor für Investitionen der Staatskorporation »Rusnano« Andrej Gorkow wegen des Verdachts auf »Amtsmissbrauch mit schwerwiegenden Folgen« festgenommen. Ihm wird vorgeworfen, einen Schaden von mehr als 700 Mio. Rubel (ca. 10,9 Mio. Euro) verursacht zu haben.
11.06.2017	Bei einem Unfall mit einem Linienbus in der Region Transbaikalien kommen 14 Menschen um Leben. Etwa 40 Personen werden verletzt.
12.06.2017	In fast 200 russischen Städten demonstrieren am »Tag Russlands« mehrere zehntausend Menschen gegen Korruption. Organisator der Proteste ist die Stiftung zum Kampf gegen Korruption (russ.: FBK) des Kremlkritikers Alexej Nawalnyj. In Moskau sagt Nawalnyj die genehmigte Kundgebung auf dem Sacharow-Prospekt ab und ruft zu einer Demonstration auf der zentralen Twerskaja-Straße auf. Landesweit kommt es zu Festnahmen. Allein in Moskau und St. Petersburg werden unterschiedlichen Angaben zufolge zusammen zwischen 650 und 1200 Menschen verhaftet. Alexej Nawalnyj wird noch vor Beginn der Demonstration festgenommen und am Abend zu 30 Tagen Arrest verurteilt.
12.06.2017	Russland hat nach offiziellen Angaben sein Arsenal des Giftgases Sarin entsprechend den Verpflichtungen im internationalen Übereinkommen über das Verbot chemischer Waffen vernichtet.
14.06.2017	Der frühere Direktor des Föderalen Dienstes für den Strafvollzug Aleksandr Rejmer wird wegen Veruntreuung von 1,3 Milliarden Rubel (ca. 20 Mio. Euro) zu acht Jahren Haft verurteilt.
14.06.2017	Die Menschenrechtsorganisation »Human Rights Watch« veröffentlicht einen Bericht, in dem der Fußball-Weltverband Fifa und das WM-Gastgeberland Russland wegen der Ausbeutung von Arbeitern (u. a. aus Nordkorea) auf den Stadionbaustellen kritisiert werden. Die Fifa weist die Vorwürfe zurück.
14.06.2017	In dritter und letzter Lesung verabschiedet die Staatsduma das umstrittene Gesetz über den Abriss von fünfgeschossigen Wohnhäusern in Moskau und die Umsiedlung der Bewohner in neue Häuser.
15.06.2017	Der US-Senat stimmt mit großer Mehrheit für neue Sanktionen gegen Russland. Diese betreffen Schlüsselsektoren der russischen Wirtschaft, darunter den Bergbau, die Metallindustrie sowie die Schifffahrt und den Eisenbahnverkehr. Grund ist die vermutete Einmischung Russlands in die US-amerikanische Präsidentschaftswahl 2016.
15.06.2017	Wladimir Putin stellt sich in der alljährlichen TV-Sprechstunde »Direkter Draht« den Fragen russischer Bürger. Im Verlauf von vier Stunden nimmt er zu 68 Fragen Stellung. Im Mittelpunkt der Fragestunde stehen die wirtschaftliche Situation und soziale Probleme.
15.06.2017	Der russische Schauspieler und Regisseur Alexei Batalow stirbt im Alter von 88 Jahren in Moskau. Bekannt wurde Batalow u. a. durch seine Rollen in den Filmen »Die Kraniche ziehen« und »Moskau glaubt den Tränen nicht«.
16.06.2017	In Moskau stimmen die Bewohner von 4073 Wohnhäusern dafür, in das sogenannte Programm Renovierungs-Programm der Stadt aufgenommen zu werden. Die Bewohner von 466 Wohnhäusern hingegen sprechen sich gegen eine Aufnahme – und damit gegen einen Abriss ihres Hauses und ihre Umsiedlung in andere Wohnhäuser – aus.
16.06.2017	In den Moskauer Parks leben nach Auskunft des Amtes für Naturnutzung und Umweltschutz der Stadt Moskau wieder mehr Nachtigallen. Während 2016 nur 182 Nachtigallen gezählt wurden, seien es in diesem Jahr 216.
17.06.2017	Der russische Präsident Wladimir Putin und FIFA-Präsident Gianni Infantino eröffnen den Konföderationen-Cup in Russland. Zum Auftakt gewinnt der Gastgeber 2:0 gegen Neuseeland. Das Vorbereitungsturnier auf die Weltmeisterschaft 2018 dauert zwei Wochen und endet mit dem Finale am 2. Juli im Petersburger Krestowskij-Stadion.
19.06.2017	Als Antwort auf die Annexion der Krim durch Russland verlängert der Europäische Rat seine Sanktionen gegen die ukrainische Halbinsel um ein Jahr. Damit bleibt das Export- und Investitionsverbot für EU-Unternehmen weiterhin bestehen. Auch Kreuzfahrtschiffe aus der EU dürfen die Schwarzmeerhalbinsel nicht anlaufen.

19.06.2017	Nach dem Abschuss eines syrischen Militärflugzeugs durch ein US-amerikanisches Jagdflugzeug kündigt das russische Verteidigungsministerium das Memorandum mit den USA über die Vermeidung von Zwischenfällen im syrischen Luftraum auf. Demnach sollen in Zukunft alle Flugobjekte westlich des Euphrat im russischen Einsatzgebiet über Syrien als Ziele betrachtet werden – einschließlich der Flugzeuge und Drohnen der Anti-IS-Koalition. US-Generalstabschef Joseph Dunford erklärt unterdessen, an einer Wiederaufnahme der von Russland gekappten Kontakte zu arbeiten.
20.06.2017	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt Russland wegen seiner gegen Homosexuelle gerichteten Gesetze. Das Verbot von »Propaganda für Homosexualität« verstößt aus Sicht der Straßburger Richter gegen die Meinungsfreiheit und das Diskriminierungsverbot. Laut Urteil erfülle es keinen legitimen öffentlichen Zweck und fördere vielmehr Homophobie.
21.06.2017	UN-Generalsekretär António Guterres ernennt den russischen Diplomaten Wladimir Woronkow zum stellvertretenden Generalsekretär und Chef des Anti-Terrorismus-Büros der Vereinten Nationen.
22.06.2017	In Moskau wird das 39. Internationale Filmfestival eröffnet.
22.06.2017	Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten beschließen auf ihrem Gipfeltreffen in Brüssel, die am 31. Juli auslaufenden Wirtschaftssanktionen gegen Russland um weitere sechs Monate zu verlängern, da die Minsker Vereinbarung nur mangelhaft umgesetzt worden seien.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Gwendolyn Sasse (verantwortlich) und Martin Brand

Sprachredaktion: Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

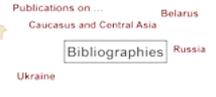
Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2017 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste

der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Partner der deutschsprachigen Analysen zur postsowjetischen Region ist das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH, Partner der Polen-Analysen ist das Deutsche Polen-Institut. Partner der englischsprachigen Analysen ist die ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.



Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/>